

28. Februar 2009  
OTS-Meldung

## **Bures gegen Zulassung von 60-Tonnen-Lkws auf Österreichs Straßen**

### **Gefahr für Verkehrssicherheit, Belastung für Umwelt, Milliardenkosten für Umbauten**

Wien (BMVIT) - Verkehrsministerin Doris Bures will die Zulassung von Gigalinern, das sind bis zu 60 Tonnen schwere und 25,25 Meter lange Mega-Trucks, auf Österreichs Straßen verhindern. Die EU-weite Zulassung von Gigalinern würde zwei zentrale Anstrengungen ihrer Verkehrspolitik, nämlich mehr Sicherheit auf den Straßen und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, konterkarieren. Ganz zu schweigen davon, dass das für das hiesige Straßennetz Milliarden kosten würde, wegen den dann notwendigen Umbauten und der weitaus stärkeren Abnutzung von Straßen und Brücken. \*\*\*\*

Seit Ende Jänner liegt die Endfassung einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie zu den Gigalinern vor, die stark von den Befürwortern geprägt ist. Vom BMVIT wurden bereits im Vorjahr, nachdem die Kommission die wichtigsten Ergebnisse der Studie erstmals präsentiert hat, die Einwände Österreichs formuliert und bei der Kommission deponiert. Konkret wird von den ExpertInnen des BMVIT auf widersprüchliche Ergebnisse, nicht nachvollziehbare Vergleiche und in der Folge auf eine nicht durch die Datenlage gedeckte Empfehlung für die Zulassung aufmerksam gemacht.

Verkehrsministerin Bures: "Auf unseren Straßen geht die Sicherheit vor. Und wir tun alles, damit wir den Güterverkehr verstärkt von der Straße auf die Schiene bringen, und nicht umgekehrt." Ihre wichtigsten Einwände gegen die Zulassung von Gigalinern:

- Massive Rückverlagerung von der Schiene auf die Straße
- Zusätzliche Umweltbelastung: Der Gigaliner wickelt Güterverkehre elf Mal umweltbelastender ab als die Bahn.
- Negative Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit: Größere Fahrzeuge mit höheren Gewichten beeinflussen u.a. durch längere Überholmanöver und längeren Bremsweg sowohl die Unfallhäufigkeit als auch die Unfallschwere negativ.

Außerdem wären gravierende Umbauten im österreichischen Straßennetz notwendig. Bauliche Maßnahmen (z.B. eine Verstärkung der Leitschienen, die Schaffung geeigneter Parkplätze bei Raststätten oder Verbreiterungen von Fahrbahnen, Kreisverkehren und Auffahrten) wären ebenso erforderlich wie deutlich kürzere Instandsetzungszyklen wegen der stärkeren Abnutzung.

Brücken und Tunnel, die in Österreich einen überproportional hohen Anteil von 15 Prozent des hochrangigen Straßennetzes ausmachen, müssten darüber hinaus speziell verstärkt bzw. adaptiert werden, z.B. im Hinblick auf Tragfähigkeit, Tunnelsicherheit und Brandschutz.

Die Infrastrukturministerin baut bei ihrer Initiative gegen die 60-Tonner auch auf die Unterstützung der Autofahrerklubs, die sich bisher stets entschieden gegen diesen laut Bures "verkehrs- und umweltpolitischen Holzweg" ausgesprochen haben. Auch im Regierungsprogramm gibt es dazu eine klare Festlegung, wo es im Abschnitt "Maße und Gewichte für LKW auf EU-Ebene sowie Lenk- und Ruhezeiten" heißt: "Die Bundesregierung wird sich gegen eine Aufweichung der derzeitigen Regelungen für Maße und Gewichte und der Lenk- und Ruhezeiten im Straßenverkehr auf EU-Ebene positionieren."

Hintergrund: Seit längerem wird in der EU über die Zulassung von sogenannten Gigalinern, das sind Lkw-Züge mit 25,25 m Länge und 60 t Gewicht, diskutiert. In Schweden und Finnland sind diese LHV (Longer and Heavier Vehicles) seit 1997 unterwegs, vor allem im Holztransport; im Beitrittsvertrag wurde den beiden Staaten das erlaubt, freilich mit der Einschränkung, dass sie nur auf eigenem Staatsgebiet und nicht wettbewerbsverzerrend eingesetzt werden dürfen. Schweden und Finnland drängen jetzt auf die EU-weite Zulassung.

Mittlerweile finden aber die Gigaliner auch in anderen Staaten Befürworter. Dänemark, Niederlande und einige deutsche Bundesländer haben sie im Testbetrieb. Zugleich stoßen die auch LHV genannten Lkw-Züge auf entschiedene Ablehnung in Italien, Frankreich, Großbritannien und den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Auch Deutschland ist (trotz Probebetrieb in einigen Bundesländern) gegen die EU-weite Zulassung.

Das Verkehrsministerium hat eine umfangreiche Stellungnahme an die Kommission geschickt, in der die ungeklärten Fragen und offensichtlichen Widersprüche der Studie (die bis vor kurzem nur in Form von Präsentationsfolien vorlag und erst seit Ende Jänner 2009 in der endgültigen Fassung) angeführt sind, und weiters auch umfangreiche und gut abgesicherte Erkenntnisse, die gegen den Einsatz von Gigalinern sprechen.

Zugleich hat das BMVIT zwei eigene Studien in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse Ende März vorliegen werden. Außerdem wurde von der ASFINAG eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die sich insbesondere den Auswirkungen dieser 60-Tonner auf die Straßen (Breite, Kurvenradien, Abnutzung), Brücken und Tunnel widmen soll.

Rückfragehinweis:

Susanna Enk, Pressesprecherin

Telefon: +43 (0) 1 711 6265-8121

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://WWW.OTS.AT) \*\*\*

OTS0023 2009-02-28/10:47

281047 Feb 09